

Beschlüsse des 8. Studierendenparlamentes auf seiner Sitzung am 31.01.2006

Das Studierendenparlament stellt fest, dass

- der Entwurf zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, wie er den Mitgliedern des Europäischen Parlamentes zur Abstimmung vorliegt, in erheblichem Maße den Bildungssektor betrifft und damit der Privatisierung im Bildungsbereich Vorschub geleistet wird. Zwar wird das öffentliche Schulwesen vom Dienstleistungsprinzip wahrscheinlich ausgenommen werden, dies gilt aber für den Hochschulsektor nicht ebenso zwingend, da etwa durch Studiengebühren ein Entgelt für das Studium verlangt wird und somit ein wirtschaftliches Interesse der AnbieterInnen sichtbar wird,
- mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie das „Herkunftslandprinzip“ eingeführt wird. Somit müssen sich die BildungsanbieterInnen nur nach den rechtlichen Standards richten, die in dem Staat gelten, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat – und nicht mehr nach den Standards, die in dem Zielland gelten. Bisher geltende Bestimmungen im Bereich des Arbeitsrechtes, der Qualitätssicherung und der längerfristigen Bildungsplanung werden somit unterlaufen,
- dass das Herkunftsland für die Kontrolle der Dienstleistung auch im Zielland verantwortlich ist. Durch diese Regelung wird eine effektive und regelmäßige Kontrolle de facto unmöglich gemacht,
- die Formulierungen in dem Entwurf nicht ausschließen lassen, dass in letzter Konsequenz staatliche Kapazitätsverordnungen, die einen halbwegs freien Hochschulzugang sicherstellen sowie finanzielle Zuschüsse für staatliche Hochschulen rechtswidrig wären, da sie für private AnbieterInnen nicht gelten.

Daher lehnt das Studierendenparlament die EU-Dienstleistungsrichtlinie ab und fordert alle Studierenden auf, sich an Protesten gegen die so genannte „Bolkestein-Richtlinie“ zu beteiligen – insbesondere an den Demonstrationen in Berlin am 11.02. vor dem Bundeswirtschaftsministerium oder am 11. und am 14.02. in Straßburg.

Der ASTa möge sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Mobilisierung zu den Protesten beteiligen.

*Die Studierendenschaft der Universität Potsdam tritt der Studentischen Darlehenskasse **nicht** bei.*